

Rote Karte für das Verkehrsministerium

Gegner der „B15 neu“ formieren sich in der Hauptstadt zum Widerstand

Landau/Dingolfing. Die „B15N“, wie sie im Beamtendeutsch heißt, erhitzt die Gemüter. 12 000 Unterschriften hatte Gisela Floegel, Stadträtin „Bündnis 90/Die Grünen“ für Vilsbiburg und Vorsitzende der Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der Autobahntrasse Regensburg - Rosenheim (B15 neu) e.V. schon im Verkehrsministerium übergeben.

Scheinbar hat jedoch ein Missverständnis dazu geführt, dass die Petition jetzt im Verkehrsministerium liegt. Wo, ist jedoch nicht klar. Und ebenso wenig, ob sie wieder gefunden wird. Zusammen mit einer Gruppe aus Mitgliedern der Grünen aus mehreren Landkreisen – darunter Rosie Steinberger, Landtagsabgeordnete, sowie dem Bündnis nahe stehende Interessierte – folgten sie der Einladung von Dr. Thomas Gambke, Bundestagsabgeordneter der Grünen für den Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, nach Berlin.

Das Programm des Bundespresseamtes bot ein breites Spektrum interessanter Besichtigungen und Diskussionen, darunter auch der Besuch der Ausstellung „Topographie des Terrors“ über die Schrecken des nationalsozialistischen Regimes sowie ein Rundgang im Stasi-Museum. Einen außergewöhnlichen und interessanten Stadtrundgang initiierte „Lobby Control“: 631 Parlamentarier sitzen rund 5 000 Lobbyisten gegenüber, darunter wirtschaftlich kraftvolle Institutionen, die in Berlin nicht nur räumlich nah an die Abgeordneten ranzurücken versuchen.

Eklat im Bundestag

Eines der Highlights war der Besuch im Deutschen Bundestag. Glück hatte die Gruppe, denn eine wichtige Abstimmung rief fast alle wichtigen Akteure der Bundespolitik in den Plenarsaal. So war ein Blick auf die Kanzlerin möglich. Mit Spannung verfolgt wurde ein verbaler Schlagabtausch zwischen Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken, sowie Volker Kauder,

Unionsfraktions-Chef, wegen dem Antrag auf Immunitätsaufhebung der Linken-Abgeordneten Nicole Gohlke. Gegen sie wird wegen dem Tragen der Fahne der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei „PKK“ ermittelt. Jan van Aken, Linke-Abgeordneter, sorgte für einen Eklat, als er am Rednerpult erst einen Abdruck der Fahne heraus zog und in aller Deutlichkeit präsentierte. Und anschließend beschuldigte er die Bundesregierung, eben an jene Partei Waffen geliefert zu haben. Also müsste auch deren Immunität aufgehoben werden.

Einen Abstecher durfte die Gruppe in das Fraktionszimmer der Grünen machen. Dort nahm sich Dr. Thomas Gambke Zeit, um den Alltag eines Bundestagsabgeordneten anschaulich zu erklären, und um gezielt Fragen zu beantworten. Auch blieb noch Zeit, um die berühmte Glaskuppel des Bundestags

zu besichtigen. Ein Besuch im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stand mit auf dem Plan, jedoch war der Fokus der Gruppe auf den Besuch eines anderen Ministeriums gerichtet: dem für Verkehr und digitale Infrastruktur. Eindeutige Antworten konnten die Mitarbeiter des Ministeriums nicht liefern.

Ob die Trasse gebaut wird, oder vielleicht die alte Trasse Verwendung findet – letztendlich basiert die Planung auf dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen. Wo die verschollene Online-Petition von 2013 abgeblieben ist mit stolzen 12 000 Unterschriften, konnte nicht geklärt werden. Gisela Floegel zeigte sich jedoch dennoch zufrieden. Dem Bundesministerium wurde die rote Karte gezeigt: wortwörtlich. Der Verein hat seinen Widerstand gegen die Planungen deutlich gemacht: in roten Protest-T-Shirts

und mit roten Postkarten zum Thema. Doch auch hier gab es ein Problem: Die Postkarten konnten nicht eingeworfen werden, da kein Briefkasten da war. Die Poststelle war nicht mehr besetzt, so lehnte der Pförtner des Ministeriums die Kartenpost ab. Nun müssen die Karten im Paket nach Berlin geschickt werden. Und das wird bei Eingang auch noch geröntgt, hieß es.

Fragen wurden soweit wie möglich beantwortet und die Mitarbeiter aus dem Haus sagten zu, die verschollene Petition zu suchen und sie Gisela Floegel zurück zu geben. Denn der richtige Adressat sei der Petitionsausschuss. Warum die Berliner Zuständigen dies nicht bürgernah erledigt hatten, war das große Rätsel für die überraschten Protestler. Vielleicht erreichen die 12 000 Stimmen der Bürger ihr Ziel beim Petitionsausschuss nach langen Umwegen doch noch.



Die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu zeigen die rote Karte vor dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, vorne in der Mitte Dr. Thomas Gambke.
(Foto: Melis)